

PRESSEINFORMATION 11/2026

Konjunkturumfrage für BW, Jahresstart 2026: Unternehmen senden vorsichtig positives Signal

BWIHK-Vizepräsident Paal: Politik muss Trend durch Reformen unterstützen!

Stuttgart, 5. Februar 2026 – Die baden-württembergische Wirtschaft sendet zum Jahresbeginn ein vorsichtig positives Signal. In der aktuellen Konjunkturumfrage bewerten 29 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut, im Herbst waren das noch 26 Prozent. Als schlecht bezeichnen 21 Prozent ihre Lage, vier Prozentpunkte weniger als im Herbst. Aus Sicht des Baden-Württembergischen Industrie und Handelskammertages (BWIHK) ist das zwar eine Verbesserung – aber keine Entwarnung.

„Die Umfrage zeigt den Spagat, den viele Unternehmen täglich leisten müssen: Mut, Ideen und Schaffenskraft auf der einen Seite – Bürokratie, Kosten und Stillstand auf der anderen“, betont BWIHK-Vizepräsident Claus Paal. „Unsere Wirtschaft ist modern, schnell und lösungsorientiert. Der Staat ist es vielerorts nicht. Die Unternehmen arbeiten im 21. Jahrhundert, die Verwaltung oft noch im letzten.“ Paal führt aus: „Diese Aufhellung ist kein politischer Erfolg. Sie ist das Ergebnis von Unternehmen, die sich behaupten und Verantwortung übernehmen – nicht wegen politischer Entscheidungen, sondern trotz politischer Trägheit.“ Die Politik sei den Betrieben weiterhin große Reformen schuldig. So erreichten auch die Beschlüsse des Entlastungspakets die Unternehmen noch nicht – hier sei eine schnelle Umsetzung notwendig.

Das Jahr 2025 hat die Verwundbarkeit der baden-württembergischen Wirtschaft deutlich gemacht. Die erratische Zollpolitik der USA mit 15 Prozent Importzoll auf europäische Waren sowie weiterhin bestehenden 50 Prozent Strafzöllen auf Stahl und Aluminium hat vor allem die Industrie und exportorientierte Betriebe stark belastet. Der US-Präsident hat gezeigt, dass er Vereinbarungen nicht einhält, sondern jederzeit neue Forderungen stellt. Damit fehlt im Handel mit den USA die für Investitionen notwendige Plan- und Berechenbarkeit.

Gleichzeitig beschleunigt sich die Neuordnung der globalen Handelsströme. „Unsere Exportwirtschaft ist und bleibt das Rückgrat unseres Standorts“, betont Paal. „Aber wer glaubt, wir könnten einfach so weitermachen wie bisher, verkennt die Realität. Deutschland und Europa müssen sich neu aufstellen – und zwar schneller als bisher.“ Neue Handelsabkommen, etwa mit Indien und den Mercosur-Staaten, könnten dabei wichtige Impulse setzen.

Strukturelle Herausforderungen am Standort

Die strukturellen Herausforderungen am Standort bleiben groß: hohe Energie- und Arbeitskosten, schwache Nachfrage, zunehmender internationaler Wettbewerb. Entsprechend vorsichtig fallen die Erwartungen aus. 19 Prozent der Unternehmen rechnen mit einer Verbesserung und damit gleich viele wie im Herbst des Vorjahres. 21 Prozent gehen von einer Verschlechterung ihrer Geschäftslage aus (drei Prozentpunkte weniger als im Herbst '25).

Besonders kritisch ist die Investitionsbereitschaft. Nur 19 Prozent der Unternehmen planen, ihren Kapitaleinsatz auszuweiten, während rund jedes vierte Unternehmen weniger Mittel einsetzen will und 16 Prozent ganz auf Investitionen verzichten. Gleichzeitig nutzen 55 Prozent ihre Investments gezielt für Digitalisierung und Künstliche Intelligenz – vor allem, um effizienter und wettbewerbsfähiger zu werden. Die Neigung, Kapital für Kapazitätserweiterungen einzusetzen, ist mit 18 Prozent sehr gering. „Die Unternehmen investieren dort, wo sie selbst Einfluss haben: in Innovation, Effizienz und Technologie“, so Paal. „Was sie nicht beeinflussen können, sind lähmende Bürokratie, langwierige Genehmigungsprozesse, hohe Kosten und politische Unsicherheit – und genau hier liegt das Problem.“

Zwar hat das Sondervermögen für Infrastruktur und Verteidigung erste Zuversicht ausgelöst, insbesondere in Industrie und Bauwirtschaft. Doch daraus muss mehr werden. „So ein Trend darf nicht verpuffen“, fordert Paal. „Der Staat muss Reformen jetzt konsequent angehen – zügig, mutig und mit klarem Fokus. Diese erste Trendwende kann flankiert und skaliert werden. Aber nur, wenn die Politik endlich ins Handeln kommt.“

Geschäftsrisiken: Fachkräftemangel rückt in den Hintergrund

Auch bei den Geschäftsrisiken zeigen sich deutliche Verschiebungen. Der Fachkräftemangel verliert spürbar an Bedeutung: 38 Prozent der Unternehmen sehen darin derzeit ein zentrales Risiko (Herbst '25: 42 Prozent), in der Industrie sind es nur noch 28 Prozent (Herbst '25: 33 Prozent). An erster Stelle steht stattdessen der schwache Inlandsabsatz, den 65 Prozent der Betriebe als größte Herausforderung nennen (plus einen Prozentpunkt zum letzten Herbst). Es folgen hohe Arbeitskosten mit 58 Prozent (plus zwei Prozentpunkte) sowie Energiekosten mit 39 Prozent (minus zwei Prozentpunkte). Zusätzlich bewerten mit 38 Prozent gleichbleibend viele der Unternehmen die aktuelle Wirtschaftspolitik selbst als relevantes Risiko. Verstärkt wird die Unsicherheit zudem durch geopolitische Spannungen, die mit 39 Prozent genauso viele Betriebe wie im vergangenen Herbst als Belastung für ihre wirtschaftliche Entwicklung einschätzen.

Blick in die Branchen fällt unterschiedlich aus

Industrie – erste Stabilisierungstendenzen

In der Industrie zeigen sich nach mehreren Monaten der Talfahrt erste Anzeichen einer Stabilisierung. So ist der Anteil der Unternehmen, die ihre wirtschaftliche Lage als schlecht bewerten, um mehr als fünf Prozentpunkte auf 27 Prozent gesunken. Die Lage ist gut, sagen rund 22 Prozent – zwei Prozentpunkte mehr als noch im Herbst '25.

Vor allem die Exporterwartungen innerhalb Europas haben sich spürbar verbessert. Auch die Aussichten für Lieferungen nach Süd- und Mittelamerika sowie nach Asien außerhalb Chinas entwickeln sich zunehmend positiv. Besonders deutlich fällt die Stimmungsaufhellung in der Elektrotechnik einschließlich der Zulieferindustrie aus. Insgesamt bleibt die Lage zwar angespannt, doch die Entwicklung deutet auf eine vorsichtige Bodenbildung hin.

Bauwirtschaft – Bewegung in Sicht

Auch die Bauwirtschaft verzeichnet nach einer längeren Schwächephase wieder mehr Bewegung. Insbesondere der Wohnungsbau gewinnt nach langer Durststrecke an Dynamik. Unterstützt wird diese Entwicklung durch vergleichsweise stabile Finanzierungsbedingungen und eine moderatere Kostenentwicklung. Rund 30 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage aktuell als gut, während etwa 13 Prozent von einer schlechten Lage berichten. Das zeigt: Die Branche schöpft vorsichtig neue Zuversicht – auch wenn von einer nachhaltigen Trendwende noch nicht gesprochen werden kann.

Groß- und Einzelhandel – Lage bleibt angespannt

Im Groß- und Einzelhandel bleibt die Lage angespannt. Die schwache Konsumlaune der privaten Haushalte belastet die Umsätze weiterhin spürbar. Auch das Weihnachtsgeschäft blieb hinter den Erwartungen zurück. 71 Prozent der Einzelhändler bewerten das Kaufverhalten ihrer Kundschaft aktuell als zurückhaltend. Im Großhandel zeigt sich ebenfalls keine Entspannung: Der Bestelleingang bleibt verhalten, sowohl auf der Konsum- als auch auf der Produktionsseite.

Hotel- und Gastgewerbe – weiterhin erheblich unter Druck

Das Hotel- und Gastgewerbe steht weiterhin unter erheblichem Druck. Die Nachfrage bleibt schwach, während die Kosten weiter steigen. Insbesondere höhere Energiepreise und die Anhebung des Mindestlohns belasten die Ertragslage. 30 Prozent der Betriebe bewerten ihre aktuelle wirtschaftliche Situation als schlecht. Rund 49 Prozent berichten von einem Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahresquartal, während lediglich 20 Prozent einen Umsatzan-

stieg verzeichnen konnten. Demgegenüber steht ein anhaltend hoher Kostendruck, der die Unternehmen in hohem Maß belastet.

Transport- und Verkehr – leicht nach oben

Leichte Verbesserungen zeigen sich dagegen im Transport- und Verkehrsgewerbe. Die Kapazitätsauslastung liegt bei rund 81 Prozent und damit auf einem soliden Niveau. Gleichzeitig bleibt der Auftragseingang aufgrund der weiter schwachen Industriekonjunktur gedämpft, sodass eine nachhaltige Erholung noch aussteht. Wie bei der letzten Erhebung bewerten rund 22 Prozent ihre Geschäftslage als gut. Gleichzeitig ist der Anteil von Betrieben mit einer schlechten Geschäftslage leicht rückläufig und sinkt von rund 20 auf noch 16 Prozent.

Dienstleistungen – positiver Akzent

Einen positiven Akzent setzen die sonstigen Dienstleistungen. Vor allem Unternehmen aus den Bereichen technische, kaufmännische und rechtliche Beratung sowie Finanzdienstleistungen berichten von einer guten Nachfrage. Rund 33 Prozent bewerten ihre wirtschaftliche Lage als gut. Gleichzeitig geben nur noch etwa zehn Prozent an, sich in einer schlechten Geschäftslage zu befinden, das entspricht einem Rückgang um rund sieben Prozentpunkte zum Herbst '25. Die Dienstleister tragen damit wesentlich zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Stimmung bei.

BWIHK-Konjunkturmfrage für Baden-Württemberg

Die Analyse basiert auf der Konjunkturmfrage der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern zum Jahresbeginn 2026. Landesweit haben sich 3.735 Unternehmen aller Größen und Branchen beteiligt. Die Betriebe wurden zwischen dem 29. Dezember 2025 und dem 20. Januar 2026 befragt.

Claus Paal ist Vizepräsident des BWIHK und Präsident der IHK Region Stuttgart, die im BWIHK federführend für volkswirtschaftliche Themen ist.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Volkswirtschaft
IHK Region Stuttgart
Franziska Stavenhagen
Telefon 0711 2005-1317
E-Mail: franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).



Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.